



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Bayerische Unternehmen vor weiterem Bürokratiemonster schützen: Nein zum Lieferkettengesetz!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) abgeschafft wird.

Begründung:

Am 01.01.2023 tritt das LkSG in Kraft, das bayerische Unternehmen massiv belasten, die Inflation weiter anheizen und die Arbeitsbedingungen in betroffenen Entwicklungsländern verschlechtern wird.

Erst kürzlich warnte vbw-Präsident Wolfram Hatz vor „einer strukturellen Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Bayern“ und beklagte: „Obwohl der Autoindustrie Teile vorn und hinten fehlten,bürde man den Unternehmen mit dem Lieferkettengesetz jetzt auch noch ein neues Bürokratiemonster auf. Es ist einfach nur unsäglich.“¹

Der Präsident des Verbandes „Die Familienunternehmer“ Reinhold von Eben-Worlée beurteilte die Folgen des LkSG folgendermaßen: „Deutsche Mittelständler werden untergehen“.²

Die bürokratische Mehrbelastung ist enorm: Im Rahmen des Lieferkettengesetzes müssen deutsche Unternehmen zu jedem Vorgang einen Fragebogen mit 437 Fragen beantworten. Bei Nichtbeachtung drohen Bußgelder von bis zu 8 Mio. Euro.

Umfragen des ifo Instituts zeigen, dass 43 Prozent der heimischen Industrie negative Auswirkungen durch erhöhten Bürokratie- und Dokumentationsaufwand durch das LkSG erwarten.³

Das neue Gesetz wird die nicht wertschöpfende Lizenzierungs- und Beratungsbranche noch weiter aufblähen und die historische beispiellose Inflation noch weiter anheizen. Laut einer Umfrage des IW Köln müssen mindestens 8 Prozent der Unternehmen für das notwendige Monitoring externe Dienstleister beauftragen. Um die zusätzlichen Kosten zu finanzieren, beabsichtigt jedes fünfte Unternehmen, die Preise für seine Produkte

¹ SZ (2022). Verband sieht Wirtschaftsstandort Bayern in Gefahr. URL: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/konjunktur-muenchen-verband-sieht-wirtschaftsstandort-bayern-in-gefahr-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-221124-99-646179>

² Sackmann C. (2022). Warum Deutschlands Unternehmen vor dem Lieferkettengesetz zittern. Focus. URL: https://www.focus.de/finanzen/news/unternehmen/viel-buerokratie-wenig-ertrag-haften-fuer-kin-derarbeit-nahendes-lieferkettengesetz-besorgt-deutsche-unternehmen_id_180400714.html

³ Flach L. (2021). Firmen erwarten einen höheren bürokratischen Aufwand durch das Lieferkettengesetz. ifo Institut. URL: <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2021-06-11/firmen-erwarten-einen-hoeheren-buerokratischen-aufwand-durch-das>

zu erhöhen und damit die Kosten an die Kunden zu überwälzen.⁴ Bei einer gegenwärtigen Erzeugerpreis-inflation von knapp 35 Prozent ist dies absolut untragbar.⁵

Weit davon entfernt, Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und ökologische Standards in den Entwicklungsländern zu verbessern, wird das LkSG sowohl der deutschen Wirtschaft als auch den Lieferländern schaden. Einerseits wird es die bereits jetzt sehr angespannten Wertschöpfungsketten deutscher Unternehmen erheblich beeinträchtigen und die Kosten für Rohstoffe und Vorprodukte noch weiter erhöhen. Im schlimmsten Fall könnten bis zu 7 Prozent der deutschen Einfuhren mit einem Gesamtwert von 77,3 Mrd. Euro (2,3 Prozent des BIP oder 931 Euro pro Einwohner) betroffen sein.⁶ Andererseits werden sich die betroffenen deutschen Unternehmen aus diesen Lieferländern zurückziehen müssen, was die dortigen Arbeitnehmer in noch schlechtere Arbeitsbedingungen des informellen Sektors drängen wird; sowie deren Bruttosozialprodukt wie z. B., das von Kambodscha, Vietnam und Malaysia, um bis zu 1 Prozent reduzieren wird.⁷

Die Erfahrung aus Frankreich, wo 2017 das „Loi de Vigilance“ eingeführt wurde, zeigt die negativen Auswirkungen des Lieferkettengesetzes auch für die Entwicklungsländer: Die Importe von Vorprodukten gingen zurück, was einkommensschwachen Exportländern schadete, hauptsächlich ehemaligen französischen Kolonien.⁸

⁴ Kolev. G., Neligan A. (2022). EU-Lieferkettengesetz: Jedes fünfte Unternehmen will Preise erhöhen. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/galina-kolev-adriana-neligan-jedes-fuenfte-unternehmen-will-preise-erhoehen.html>

⁵ Felbermayr G., Sandkamp A. (2021). Kann der Staat es wirklich besser? Neodirigismus am Beispiel des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. IfW Kiel. URL: <file:///C:/Users/knoeb/Downloads/Jahresheft-2022-Freies-Unternehmertum-und-staatliche-Lenkung-Stiftung-Familienunternehmen.pdf>

⁶ Kolev G., Neligan A. (2021). Nachhaltigkeit in Lieferketten. IW Köln. URL: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2021/IW-Policy-Paper_2021-Lieferketten-Nachhaltigkeit.pdf

⁷ Kolev G., Neligan A. (2022). Trade Effects of Supply Chain Regulations: Empirical Evidence from the Loi de Vigilance. IW Cologne. URL: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2022/IW-Report_2022-Effects-of-a-supply-chain-regulation.pdf

⁸ Destatis (2022). Erzeugerpreise Oktober 2022: +34,5 % gegenüber Oktober 2021. URL: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Erzeugerpreisindex-gewerbliche-Produkte/_inhalt.html